



verband binationaler
familien und partnerschaften

Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 3: Anerkennung und Qualifizierung

Wir fragten die Parteien, welchen Handlungsbedarf sie sehen, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse voranzutreiben und welche Maßnahmen sie ergreifen würden?

**Christlich-
Demokratische Union/
Christlich-Soziale Union
in Bayern**



Die **CDU/CSU** heben die Einzigartigkeit des Bundesanerkennungsgesetzes hervor, das sie durchgesetzt haben. Bereits sechs Bundesländer haben aufbauend eigene Landesgesetze formuliert und weitere sollen folgen.



**Freie Demokratische
Partei**



Ähnlich leitet die **FDP** in ihre Ausführungen ein und betont, dass sie dieses wichtige Vorhaben mit der CDU/CSU umgesetzt haben. Es gelte nun, die Bundesländer bei der Umsetzung entsprechender Verfahren auf Länderebene zu ermutigen. Eine Nachjustierung sieht die FDP zum aktuellen Zeitpunkt nicht als erforderlich an. Angebote im Bereich der Kompetenzfeststellung und Qualifizierung weisen noch keine Engpässe auf. Die Finanzierung von Anpassungsqualifizierungen kann im Rahmen der beruflichen Integration über die BA erfolgen. Die FDP will die Umsetzung der Regelungen auf Länderebene abzuwarten, um anschließend eine Evaluierung des Instrumentariums vorzunehmen.



**verband binationaler
familien und partnerschaften**

<p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</p> 	<p>Ähnlich argumentiert die SPD. Auch sie führt aus, dass das längst überfällige Bundesanerkennungsgesetz nicht die Erwartungen erfüllt. Sie spricht sich für eine Überarbeitung des Bundesgesetzes aus. Sie will ein Recht auf Beratung und Betreuung schaffen, bei Bedarf eine Förderung bei Qualifizierungsmaßnahmen einzuführen und die Kosten für das Anerkennungsverfahren sozial staffeln. Zudem sollen die Länder angehalten werden, umgehend vergleichbare Anerkennungsgesetze zu verabschieden, damit alle Berufe erfasst werden.</p>
<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> 	<p>Bündnis 90/Die Grünen sieht im Bundesanerkennungsgesetz von 2012 und in der Umsetzung dazugehöriger Landesanerkennungsgesetze einen wichtigen Fortschritt. Leider blieben viele akademische Berufe außen vor. Es fehlen flankierende Förder- und Beratungsmaßnahmen, eine gemeinsame Anerkennungskultur der Bundesländer und eine flächendeckende Nachqualifizierung.</p>
<p>Die Linke DIE LINKE.</p>	<p>Die Linke mahnte von Anfang an ein einheitliches und transparentes Anerkennungsverfahren ein. Sie spricht sich für ein Recht auf Anerkennung sowie einen Rechtsanspruch auf Beratung aus, auch wenn die Gleichwertigkeit der Abschlüsse nicht festgestellt wird. Es müssen verbindliche und kostenlose Angebote zur Nachqualifizierung bereitgestellt werden. Gewünscht hatte sich Die Linke eine unabhängige und zentrale Stelle für ausländisches Bildungswesens, das Anerkennungsverfahren vollzieht. Sie kritisiert zudem das ausschließliche Ziel des Gesetzes, die wirtschaftliche Verwertung von Kompetenzen und moniert, dass Wertschätzung, Integration und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund eine untergeordnete Rolle spielen.</p>